

G.N.Z 15.6.19

Entscheidung im Streit um Windkraftflächen gefallen

Die Regionalversammlung hat über die umstrittenen Vorranggebiete abgestimmt. Dem Beschluss gingen laute Proteste voraus

Von Jenny Tobien

Frankfurt. Künftig sollen 1,4 Prozent des Gebiets von Südhessen für die Gewinnung von Windenergie genutzt werden. Das beschloss die zuständige Regionalversammlung am Freitag bei ihrer Sitzung im Frankfurter Römer. Bereits jetzt sind auf einigen der insgesamt 121 Flächen, sogenannten Vorranggebieten, Anlagen im Betrieb. Hinzu kommen 0,8 Prozent „Weißfläche“, über die künftig noch zu entscheiden ist.

Dem Beschluss waren laute Proteste und ein jahrelanger Streit vorausgegangen. Die Darmstädter Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid sprach von einem „Meilenstein“. Das Ergebnis muss jetzt noch der Landesregierung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Der grüne Wirtschafts- und Energieminister Tarek Al-Wazir begrüßte am Freitag bereits die Entscheidung: „Sie bringt Klima- und Naturschutz miteinander in Einklang und lenkt den Windkraftausbau auch in



Wir sind nicht gegen Windkraftträder, aber sie gehören in Industriegebiete und nicht in den Wald.

Vera Krug,
Aktivistin

Südhessen in feste Bahnen“, sagte er.

In Gegenden, die besonders betroffen sind, wie beispielsweise im Odenwaldkreis, brodelt schon lange der Streit um die Windkraftfrage. Während Befürworter mit den Vorteilen von erneuerbaren Energien argumentieren, halten Anwohner und Aktivisten dagegen, dass die Geräusche den Menschen den Schlaf raubten, die Windkraft-

werke die Landschaft verschandelten oder Flora und Fauna bedrohten.

Vor der Abstimmung hatten mehrere Dutzend Aktivisten vor dem Römer mit bunten Transparenten protestiert. Es sei ein „Roulettepiel“ mit der Natur, sagte Demonstrantin Vera Krug. „Wir sind nicht gegen Windkraftträder, aber sie gehören in Industriegebiete und nicht in den Wald.“ Auf bunten Transparenten standen Schriftzüge wie „Ein böser Zauber liegt über dem Odenwald“ und „400 Windräder zerstören den Odenwald, das ist kein Märchen“. Die Initiative Rettet den Odenwald hatte von einer „bevorstehenden Katastrophe“ gesprochen.

Und wie sieht es in Hessen insgesamt aus? Landesweit seien nun 1,85 Prozent der gesamten Landesfläche als Vorranggebiete festgelegt worden, sagte Tarek Al-Wazir. Das bedeute, „dass 98 Prozent Hessens Ausschlussfläche, also für Windräder tabu werden“.

>> Mehr auf Seite 5